Ä3 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

Von Zeile 514 bis 516 einfügen:
Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein. Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen insbesondere in Wohn- und Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier ermöglichen sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs-

Von Zeile 522 bis 523 einfügen:
Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.
Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische Aufgabe. Es wird in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an Demenz erkrankte Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben zu ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa mehr Austausch zur Pflegepolitik, bei dem auch neue und inklusive Wohn- und Pflegeformen, Vereinbarung von Pflege und Beruf, Entlastung und Unterstützung der familiären Pflege sowie Fachkräftebedarf in den Mittelpunkt gerückt werden. Dazu gehört die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Pflege und die Zielsetzung weg von einer institutionslisierten Heimpflege hin zur quartiertsorientierten Pflege und Betreuung sowie Unterstützung und Entlastung von pflegenden An- und Zugehörigen.

Begründung

Die reine Fokussierung auf die Belange der Fachkräfte in der Pflege - so wichtig wie das Fachkräfte-Thema auch ist - wird dem Thema Pflege und demografischer Wandel in seiner Gesamtheit und seinen Herausforderung in Europa überhaupt nicht gerecht. Zudem werden die Rechte und Bedürfnisse der älterten und pflegebedürftigen sowie deren Angehörige überhaupt nicht angesprochen. Deshalb ist diese Ergänzung notwendig. Im Programm für die Europawahl 2019 haben wir uns bereits für eine Zukunftssicherung einen Wandel der Pflegepolitk und -versorgung unter Einbeziehung der Rechte der Pflegedürftigen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention eingesetzt. Die Umsetzung ist und bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe zur Zukunftssicherung in der Pflege. Bei der Europawahl 2024 sollten wir nicht hinter diesen Forderungen zurückfallen.